

Bezüge und Gestellungsvertrag des Bürgermeisters

Aufgrund seiner vielfältigen Gemeindeaufgaben war der Bürgermeister bei seinem ursprünglichen Dienstgeber, den ÖBB, zu 50 % karenziert. Im Ausmaß der restlichen 50 % wurde seine Arbeitsleistung aufgrund einer Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarung an die Gemeinde Fohnsdorf überlassen. Die Gemeinde leistete eine monatliche Abschlagszahlung für die Abgeltung von Arbeitsstunden des Bürgermeisters. Die anfänglich jährliche Zahlung von 11.000 EUR (2001) steigerte sich bis zuletzt auf 48.000 EUR inklusive Umsatzsteuer. Die dieser Zahlung zugrunde liegenden Vereinbarungen wurden vom Bürgermeister selbst geschlossen und mehrfach modifiziert. Für die erhöhten Zahlungen fehlten zum Teil die erforderlichen Beschlüsse des Gemeinderates. Die Überweisungen erfolgten jeweils auf Anordnung des Bürgermeisters. Einen Teil der Summe leisteten die gemeindeeigenen Unternehmungen, weil der Bürgermeister zeitweise auch Geschäftsführer der Gesellschaften war. (TZ 58)

Im Mai 2010 genehmigte der Gemeinderat den Arbeitskräfteüberlassungsvertrag sowie die Vertragsnachträge, in denen die Stundensätze erhöht wurden, rückwirkend. (TZ 58)

Haushalt der Gemeinde Fohnsdorf

Die Haushaltssituation der Gemeinde Fohnsdorf war extrem angespannt. In den Jahren 2005 bis 2009 war der ordentliche Haushalt der Gemeinde Fohnsdorf stets negativ, die Abgänge betragen zwischen 0,15 Mill. EUR (2005) und 1,14 Mill. EUR (2008). Die Gemeinde schaffte es nicht mehr, ausreichend liquide Mittel zu lukrieren, um den Gesamthaushalt vollständig zu bedecken. Somit war die Gemeinde gezwungen, ständig Kassenkredite auf ihren Girokonten in Anspruch zu nehmen. Im Jahr 2009 war die Gemeinde nicht einmal in der Lage, ihre laufenden Ausgaben (Personal, Verwaltungskosten, Zinsen etc.) durch laufende Einnahmen (Ertragsanteile, Eigene Steuern etc.) zu bedecken. (TZ 59, 60)

Die Freie Finanzspitze der Gemeinde Fohnsdorf war in den Jahren 2005 bis 2009 stets negativ. Ausgabenseitig belasteten insbesondere die stetig steigenden Kosten des Sozialhilfeverbandes die Gemeindefinanzen. Die Gemeinde musste, um die Zahlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten, bspw. Wertpapiere veräußern (4,89 Mill. EUR), neuerliche graue Finanzschulden im Bereich der KWM begründen (1,20 Mill. EUR) oder ihre Rücklagen auflösen (1,89 Mill. EUR). Durch diese Einmaleffekte zu Lasten des Gemeindevermögens verbesserte die Gemeinde ihren Haushalt in den Jahren 2005 bis 2009 insgesamt um 7,98 Mill. EUR. (TZ 60)

Die Gemeinde versuchte überdies, ihre finanzielle Lage besser darzustellen. So buchte sie unter anderem zur „Schönung“ des Kassenbestandes den beim jeweiligen Voranschlag mit beschlossenen Überziehungsrahmen des Girokontos bestandsmäßig als